

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Das Wichtigste vom Tage.

Für den Reichstagstagung am Sonnabend wurde der Antrag der Regierungsparteien, wonach der Reichstag sich damit einverstanden erklärt, daß die Regierung alles daran legt, in die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen, mit 213 gegen 7 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei 48 Enthaltungen (D.N.S. V.) angenommen.

Der Reparationskommission sind am 31. Mai als zweite Rate auf die erste Milliarde Goldmark 50 Millionen Goldmark angeboten worden. Diese 50 Millionen Goldmark sind zum mehr in gleicher Weise wie die erste Rate von 150 Millionen Goldmark der Federal Reserve Bank in New York in Dollars überwiesen worden.

Aus Washington wird gemeldet, daß das Staatsdepartement eine Wotenschaft Lenins erhalten hat, worin dieser mittels, daß in der Sowjetregierung grundlegende Veränderungen eingetreten seien.

Wer trägt die Entschädigung?

W. W. Auch eine noch so verwickelte wirtschaftliche Frage muß sich einfach und klar darstellen lassen. Es werden von unserer Gesamtwirtschaft Leistungen gefordert, über deren Größe und Umfang wir uns allgemein noch keinen rechten Begriff machen. Das ersicht schon das Durcheinander von Gold- und Papiermark. Wir haben uns im Inland daran gewöhnt, mit der entwerteten Papiermark zu rechnen. Nur Übertragen wir diesen Wert nicht sofort, wenn Goldmark ins Spiel kommen. Die feste und bewegliche Leistung an den Verband soll im Jahresdurchschnitt etwa 3 bis 4 Milliarden Goldmark erreichen. Das sind geringe 30 bis 40 Milliarden Papiermark. Die Gesamteinnahmen des Reiches haben 1920/21 etwa 50 Milliarden Papiermark ergeben, ohne aber den Ausgabenbedarf zu bedenken. Dieser ist um 50 bis 60 Milliarden Papiermark höher, der einstuellen als Festbetrag durch schwebende Schulden beglichen wird. Nun können wir nicht einfach neue Notendressen aufstellen, um 30 bis 40 Milliarden Papiergeld mehr zu drucken. Wir haben nicht in Papiermark, sondern in Goldmark das heißt in Waren oder in Warenwechseln Zahlung zu leisten. Für das Reich besteht nun die Aufgabe darin, die feste Jahresrate von zwei Milliarden Goldmark annähernd auszuführen. Hier sind auch Sachleistungen maßgebend und zugelassen, da es einen anderen Weg der Ausbringung überhaupt nicht gibt. Zunächst kommt der Gegenwart für die Kohlenlieferungen in Betracht. Es ist beabsichtigt, den Inlandspreis für Kohlen so hoch anzusetzen, daß er den Preis auf den Auslandsmärkten erreicht. Wir müssen das tun, um nicht unter der Last der Kohlenauflage allein zusammenzubrechen. Zur Zeit vergibt uns der Verband nur den Inlandspreis für Kohlen, der weit unter dem Auslandspreis liegt. Der Ausgleich kann durch die weitere Umwandlung der Kohlensteuer geschaffen werden. Gelingt es, auf diesem Wege In- und Auslandspreise zu nähern, so ist damit schon ein Teil der festen Jahresrate beglichen. Nehmen wir an, daß der Preis für die Tonne Steinkohle auf 450 Mark steigt, so ergibt das bei der Gesamtleistung von 25 Millionen Tonnen rund 11,5 Milliarden Papiermark, die etwa 1,1 Milliarden Goldmark gleichzusetzen sind. Es kann aber eine Verschiebung eintreten, wenn der Kohlenpreis auf den Auslandsmärkten sinkt. Doch ist diese Möglichkeit unmittelbar noch nicht gegeben, sobald für diese Leistung zunächst ein fester Rahmen besteht. Aber auch diese Leistung setzt voraus, daß wir unsere Kohlenförderung beträchtlich steigern. Das Aprilergebnis betrug nur rund 9 Millionen Tonnen Steinkohlen, gegen 11,5 Millionen im März. Die Ursache dieses Rückganges ist der Fortfall der Lieberschächten. Wenn alle leisten müssen, dann dürfen auch die Bergarbeiter nicht zurückbleiben. Sie wollen es in der Mehrzahl auch nicht, aber sie werden ständig von linksradikalen Elementen beunruhigt, deren Absicht es ist, zunächst die Kohlenwirtschaft zu zerstückeln. Das Minderergebnis für April zeigt auch, wohin wir kommen, wenn die Streikfunktionsfähigkeit eingeschränkt wird. Wir müssen unsere Kohlenförderung steigern, um nicht nur die eigene Wirtschaft zu versorgen, sondern um auch erhebliche Mengen für die Ausfuhr in neutrale Länder freizubekommen. Nur das heißt die Tragfähigkeit für die Verbandsleistungen einprägen her. Die Kosten für die Verbandskohle hat ja das Reich, also die Gesamtwirtschaft aufzubringen. Diese Last vermindert sich, sofern wir an der Ausfuhr in neutrale Länder verdienen. Das ist aber nur das Eine. Das Andere ist, daß nur reichliche Versorgung unserer Wirtschaft mit Kohlen eine Steigerung der Erzeugung ermöglicht. Jeder Streik wirkt deshalb doppelt verhängnisvoll. Die Unruhen in Oberschlesien, der Streik im nieder-schlesischen Kohlengebiet werden die Erzeugung voraussetzlich noch weiter stark vermindern. Die Wiederherstellung

läßt sich nur tragen, wenn jeder seine Pflicht tut. Wenn die Gesamtwirtschaft in den Trüger der Last. Je mehr ein Teil versagt, desto schwerer wird gerade dieser Teil die Last zu tragen bekommen.

Außenpolitik und Parteipolitik.

Von besonderer, beachtenswerter Seite wird dem Auer Tagebl. geschrieben: Der Reichstagsler Wirth hat in seiner großen Programmrede auch ein kräftiges Wort gegen den inneren Haber gesagt und sein Programm der Versöhnung bedeutet nicht nur eine Versöhnung mit unseren früheren Gegnern, sondern eine Versöhnung zwischen allen Volksgenossen. Es ist nun leider nur zu befürchten, daß die Hoffnungen des neuen Reichstagslers gerade in dieser Beziehung ara enttäuscht werden, denn wenn man sich verloben wollte, so hätte man Gründe genug, da mit dem Reichstag zuerst zu beginnen. Die bisherigen parteipolitischen Verhältnisse können jede Führung unserer auswärtigen Politik. Die Tatsache, daß eine Partei gegen die andere ausgespielt wird, hat letzten Endes das deutsche Volk selbst immer zu beklagen. Die Gesamtheit muß leiden für das unterverantwortliche Treiben von Parteifanatiken. Derartige Parteifanatiker gibt es, wie sich ganz offen, in allen Parteien. Diese äußeren Parteifanatiker stellen alle Ergebnisse auf die innere Wirkung und auf den eigenen Parteivor- bzw. Nachteil. So war es bei der Annahme des Ultimatums, und so hat sich auch jetzt gezeigt, da es gilt, die Ultimatumforderungen zu erfüllen. Man riskiert eine Krise und weiß gar nicht, was bei einer solchen Krise auf dem Spiele steht und alles kommt daher, weil im Reichstag nicht genug Leute sitzen, die eine Ahnung von den großen weltpolitischen Zusammenhängen haben. Agitation ist diesen Leuten, die sich wie gesagt, bei allen Parteien finden, alles und auswärtige Politik ist ihnen nichts. Nur ein Beispiel: auch Oberschlesien ist ja leider Gottes zu einer Angelegenheit der auswärtigen Politik geworden. Jedem aber, wenn im Reichstag über Oberschlesien gesprochen wurde, hat man Schaden angerichtet. Die Reichsparteien verlangten in Hinsicht auf die letzten Zustände das Einräum der Reichswehr, und die Leute auf der radikalen linken Seite behaupteten, daß die örtlichen Selbstschutzorganisationen aus Ortschaften beständen. So spielte man den Gegnern die Waffen in die Hände, die sie später bequem gegen uns verwenden konnten. Genau so wie es im Plenum zugeht, genau so geht es auch in den Ausschüssen zu. Ueberall zeigt sich die geistige Armut, die eine Befruchtung der auswärtigen Politik durch den Reichstag unmöglich macht. Wenn eine Besserung erfolgen soll, so kann sie nur in der Art erfolgen, daß eine Loslösung der Außenpolitik von parteipolitischen Gesichtspunkten geschieht. Der Außenpolitik treiben will und wer auch Erfolg haben will, der muß auf einer freieren Parteireihe. Selbstverständlich muß er die Grundfrage anerkennen, von denen sich die Regierungsmehrheit und das Kabinett leiten läßt, im übrigen aber darf er durch innerpolitische parteitaktische Fesseln nicht gebunden werden.

Das Reichsmietengesetz.

Der Entwurf eines Reichsmietengesetzes (Gesetz über Regelung des Mietzinses), für den der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister der Justiz verantwortlich zeichnen. Ist auf dem Grundgedanken aufgebaut, daß Mietpreiserhöhungen nur insoweit zugelassen werden sollen, als sie durch die Steigerung der für Instandsetzungsarbeiten aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden sind. Die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten, die unerlässlich sind, wenn nicht der Mangel an Wohnraum durch Verfall der Häuser noch vermehrt werden soll, sollen durch Zuschläge zur Friedensmiete, die der seit 1914 eingetretenen Steigerung der Wohn- und Materialkosten Rechnung tragen und von der obersten Landesbehörde bzw. von der einzelnen Gemeindebehörde festzusetzen sind, ausgebracht werden. Eine Erhöhung des Zelles der Friedensmiete, der als Verzinsung des in dem Grundstückwert enthaltenen Eigenkapitals des Hauseigentümers anzusehen ist, wird nicht vorgeschlagen. Ueber die Notwendigkeit und den Umfang einer tausenden Instandsetzungsarbeiten entscheidet, wenn Hauseigentümer und Mieter sich nicht einigen, auf Antrag eine Instanz der obersten Landesbehörde. Besonders geregelt ist die Ausbringung der Mittel für große Instandsetzungsarbeiten, Abbau oder Umstrukturierung des Hauses und dergleichen, die heute einen Aufwand bis 20 000 Mark und darüber erfordern können. In solchen Fällen kann das Einigungsamt auf Antrag des Vermieters anordnen, daß die Mieter einen bestimmten Zuschlag zur Miete für die Verzinsung und Tilgung des aufgewandten Kapitals, das der Vermieter (z. B. durch Inanspruchnahme von Kreditorganismen der Hauseigentümer beschafft, zu zahlen haben. Vorgesehen ist auch die Möglichkeit, das für große Instandsetzungsarbeiten benötigte Kapital durch Erhebung besonderer Zuschläge von den Mietern anzufassen. Wenn durch einen gewerblichen Betrieb besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten entstehen, kann das Einigungsamt auf Antrag des Ver-

mieters einen besonderen Zuschlag zur gesetzlichen Miete festsetzen.

In der Regelung des Mietzinses, dessen weitere Vorschriften Sammelheizung und Warmwasserbereitung, Untermiete, Ausnahmestellung der nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gemordenen oder werdenden neu geschaffenen Räume, Mietervertretung, Mieterbescheid usw. betreffen, wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die sogenannte gesetzliche Miete nicht etwa zwingend an die Stelle des geltenden Mietzinses, der vielfach hinter dem Betrag der gesetzlichen Miete zurückbleibt, treten solle. Andererseits kann ein höherer Mietzins vereinbart werden, wenn der Vermieter das Risiko eines Unwachsens der Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten übernimmt. Indem der Mieter jederzeit die Zahlung der gesetzlichen Miete verlangen kann, soll verhindert werden, daß der Wert der Grundstücke in ungesunder Weise in die Höhe getrieben und ein Mietergrundstück übermäßig belastet wird.

Wachsende Kampfbarkeit in Oberschlesien.

Die Kampfhandlungen der polnischen Aufständischen dauerten auf einem großen Teil des von ihnen besetzten Gebietes während des Nachts zum Sonntag und am Sonntag an. Im Kreise Kasel versuchten sie in Richtung Kofel vorzudringen, wurden aber zurückgeschlagen. Es gelang den deutschen Besatzungstruppen, den Kofeler Hafen zu besetzen. Die Vorstöße der Insurgenten in der Gegend des Annaberges endigten damit, daß einige von den Aufständischen besetzte Ortschaften von ihnen geräumt werden mußten. Die wirtschaftliche Lage im ober-schlesischen Aufstandsgebiet verschärft sich immer mehr. Angehörige Ernteschäden sind besonders in den Gebieten, die den Schauplatz der gegenwärtigen Kampfhandlungen darstellen, zu verzeichnen. Die Verwüstungen der polnischen Insurgenten betragen sich von Tag zu Tag.

England gegen die französische Verschleppung.

Die Times melden: Die englische Regierung hat die französischen Vorschläge einer Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien abgelehnt. Neuer meldet: Das englische Kabinett war nicht in der Lage, einer Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien über den Zeitpunkt der Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien hinaus zuzustimmen. Die englische Regierung hält die tatsächliche Lage durch die vorausgehenden Erhebungen für klargelegt. Stimmt jedoch einer neuen Sachverständigenkommission über die ober-schlesische Frage insofern zu, als es sich nicht um eine Entsendung des Kommissions nach Oberschlesien handelt, sondern lediglich zur Vorbereitung der Entscheidung der Alliierten. Die englische Regierung betont die Dringlichkeit und Befehlsmäßigkeit der Entscheidung über die Staatszugehörigkeit Oberschlesiens.

Nach dem Londoner Korrespondenten der B. Z. sind die Aussichten auf baldige Verhandlung zwischen England und Frankreich ziemlich gering. Der Korrespondent drückt: Die Hoffnung auf baldige Lösung des ober-schlesischen Problems ist leider augenblicklich im Schwanken begriffen. An hiesiger unterrichteter Stelle erfahre ich, daß die Aussicht für eine baldige Abhaltung der Konferenz des Obersten Rates sehr gering geworden ist. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß der Oberste Rat, wie ursprünglich geplant, am nächsten Mittwoch zusammenzutreten wird, doch ist es wahrscheinlich, daß die Konferenz frühestens Mitte dieses Monats abgehalten werden kann. Es ist aber noch durchaus ungewiß, ob sich dieser Plan wird verwirklichen lassen. Wenn auch der französische Premierminister diese Konferenz so sehr wie möglich abzuschieben wünscht, um so bald wie möglich nach Hause zurückzukehren, ist doch mit einer Dauer von zwei bis drei Wochen, eventuell auch länger zu rechnen. Sollte es also nicht gelingen, die ober-schlesische Frage vor Mitte dieses Monats zu lösen, so muß leider mit einem weiteren Ausschub von etwa einem Monat gerechnet werden. Vom Standpunkt der englischen Regierung ist dieser Ausschub durch die Ereignisse nicht begründet. Der englische Standpunkt ist entgegen anderslautenden Meldungen unverändert. Nach ihm sind zwar Röhrl und Gies durch die Abstimmung der Deutschen verloren, das Industriegebiet muß aber ein unteilbares Ganzes bleiben, dessen Bestimmungsfähigkeit Polen gar nicht auszunutzen imstande sein würde. Man sagt aber hier die immer wiederholten französischen Verschiebungsvorläufe als eine Vorbereitung zum Nachgeben auf und man nimmt an, daß Frankreich keinen nennenswerten Widerstand erheben werde, wenn ihm der Rückzug durch ein Urteil der Sachverständigen erleichtert werde.

Englische Zusicherungen.

Der englische Botschafter in Berlin hatte am Freitag längere Besprechungen mit den leitenden Regierungsgliedern, die die ober-schlesische Frage betrafen. Wie zuverlässig verlautet, hat er der deutschen Regierung nochmals die Versicherung gegeben, daß Englands Haltung in der ober-schlesischen

berg
Erzgeb.
werden.
Frenten.
von N.
Reißbier
Aue.
be. Mio.,
Uhr im
lung
amenfein.
Tages-
erwünschte
smann.
Aue.
br an:
ert.
midt.
äft
ame
bet.
n,
eheliches
en.
en
tschaft,
etwas
ft.
ann,
2 Tage
erfrag.
lein
gum
unt.
Egbl.